Unsere Erwartungen an die neue Bundesregierung

Ein Zwischenruf von Hartmut Bunsen, Sprecher der Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

Unternehmer und Präsident des sächsischen Unternehmerverbandes: Hartmut Bunsen.

Foto: UV Sachsen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ist gut. Die Befragungen unserer Unternehmen zeigen, dass die Erwartungen auch für die kommenden Monate positiv sind. Doch das darf die Politik mit dem Erreichten nicht zufrieden stellen. Die von der Bundesregierung veröffentlichte Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands zeigt die Defizite deutlich auf. 27 Jahre nach der Wiedervereinigung hinkt Ostdeutschland bei der Wirtschaftskraft dem Westen weiter hinterher. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2016 bei 73,2 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Ohne Berlin liege der Wert sogar nur bei 68 Prozent. Die Gründe hierfür sind vor allem in der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft und dem Fehlen von Konzernzentralen zu suchen. Die Forschung und Entwicklung findet fast ausschließlich in Westdeutschland statt. Die neue Bundesregierung muss daher die Förderung Ostdeutschlands wieder verstärkt in Fokus rücken, gerade weil in der nächsten Legislaturperiode der Solidarpakt ausläuft.

Die besonders für ostdeutsche Unternehmen historisch bedingten Beziehungen zum russischen Markt wurden durch die Russland-Sanktionen abrupt beendet. Die Exporte der ostdeutschen Bundesländer nach Russland sind durch die Sanktionen um gut 40 Prozent eingebrochen. Sie haben aber zu nichts geführt. Im Gegenteil, sie haben den deutschen Wirtschaftsinteressen stark geschadet und in die entstehenden Lücken stoßen amerikanische und chinesische Unternehmen. Hier muss die neue Bundesregierung schnell handeln und gemeinsam mit der Europäischen Union den Dialog mit Russland suchen und mit Fortschritt in den Verhandlungen die Sanktionen schrittweise abbauen.

Die Energiewende bleibt weiter ungelöst und stellt Ostdeutschland gerade beim Strukturwandel in Braunkohlegebieten vor extreme Herausforderungen. Wir müssen endlich wieder zum energiepolitischen Zieldreieck Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zurückkehren. Realistische Zielsetzungen sind umso wichtiger, da sich trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien die CO_2-Bilanz seit 1990 kaum verbessert hat. Stattdessen haben wir in Ostdeutschland inzwischen mit die höchsten Energiepreise Europas, die die mittelständischen Unternehmer extrem belasten und zu Wettbewerbsnachteilen führen. Die neue Bundesregierung muss die alten ideologischen Positionen über Bord werfen. Wir brauchen einen Masterplan, der europäisch abgestimmt ist und vor allem das ungelöste Speicherproblem im Visier hat.

Darüber hinaus wird die hiesige Wirtschaft durch den zunehmenden Fachkräftemangel geschwächt. Die Bundesregierung muss Instrumente schaffen, um eine Stabilisierung der Bildungsstandorte in Ostdeutschland für den Forschungsnachwuchs und den qualifizierten Arbeitskräftenachwuchs des Mittelstandes zu schaffen. Des Weiteren müssen für Migranten und Flüchtlinge geeignete Maßnahmen getroffen werden, um diese schnell in die Gesellschaft zu integrieren und in Arbeit zu bringen.

Schlussendlich bleibt das seit jeher bekannte Problem der Bürokratie. Zunehmende bürokratische Hürden und die Steuerpolitik des Bundes werden immer mehr zu Wachstumshemmnissen. Stattdessen sehen wir eine Vereinfachung und Verkürzung von Projektplanungen sowie steuerpolitische Anreize für Investitionen als dringlich an, um im Standortwettbewerb mitzuhalten.

W+M